

SVP INTERNATIONAL
Postfach 8252, CH-3001 Bern
Tel +41 31 300 58 58
Fax +41 31 300 58 59
Email: info@svp-international.ch
Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe November 2014

„Checks and Balances“ der direkten Demokratie?

Gemäss Wikipedia ist „...die direkte Demokratie in der Schweiz nicht nur eine Staatsform, sondern vor allem eine Volksgesinnung. Sie ermöglicht den Stimmbürgern, auf allen Staatsebenen (Gemeinde, Kanton, Bundesstaat) als oberste Gewalt (Souverän) mitzubestimmen und über ihre eigenen Angelegenheiten abschliessend zu entscheiden. In keinem anderen Staat der Welt gibt es auf nationaler Ebene auch nur annähernd so weitgehende direkte Volksrechte.“. So wäre es gedacht!

Schaut man sich aber die Umsetzung der letzten Volksinitiativen, wie beispielsweise der Ausschaffungsinitiative oder der Masseneinwanderungsinitiative, an, kommen der Bevölkerung berechtigte Zweifel, ob die direkte Demokratie wirklich hält was sie verspricht. Die politische Elite, das wirtschaftliche Establishment sowie die Linken und Netten stören sich zunehmend an den eingebauten Mechanismen der „Check and Balances“, wie Volksinitiativen und Referenden. Die Legislative und Exekutive bedienen sich der Verzögerungstaktik, wehren mit verschiedenen Vorwänden, wie Völkerrecht oder bilaterale Verträge, vehement gegen eine Umsetzung und übersehen arrogant die berechtigten Sorgen der Bevölkerung. Die Wirtschaft, welche von der politischen und ökonomischen Stabilität profitiert, droht mit Wegzug oder anderen Schreckszenarien.

Nun will die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerats sogar die Hürden für Volksinitiativen erhöhen. Es soll für das Parlament deutlich einfacher werden, Volksinitiativen für ungültig zu erklären, wenn sie gegen das Diskriminierungsverbot, das Verhältnismässigkeitsprinzip oder gegen das Rückwirkungsverbot verstos-

sen. Damit hätten etwa die Minarett- oder die Ausschaffungsinitiative für ungültig erklärt werden können. Zum anderen wollen die Ständeräte verhindern, dass Initiativen zu starr und detailliert ausformuliert sind. So kann bei der Umsetzung der Volkswille besser umgegangen werden. All dies würde die direkte Demokratie stark einschränken und de facto abschaffen.

Die SVP ist die einzige Partei, welche sich konsequent gegen die Aushöhlung der demokratischen Rechte in der Schweiz einsetzt. 2015 ist ein wichtiges Wahljahr. Die Schwächung unserer Demokratie ist das Resultat der gewählten Politiker. Wenn wir weiterhin unser Erfolgsmodell Schweiz behalten wollen, ist es äusserst wichtig, dass wir Politiker wählen, welche auch halten, was sie versprechen.

Die SVP International wird auch bei den Wahlen 2015 wieder Kandidaten mit Wohnsitz oder Bezug zum Ausland in verschiedenen Kantonen für den Nationalrat aufstellen.

Liebe SVP International-Mitglieder – unterstützt uns dabei, wirbt weitere Auslandschweizer als Mitglieder oder Wähler an und meldet Euch als potentielle Nationalrats-Kandidaten. Wir wollen weiter wachsen und die „Checks and Balances“ fürs Volk durchführen.

Herzlichst, Ihre

Inge Schütz
Präsidentin SVP International

Die SVP International am ASO-Kongress...

Vom 15. bis 17. August 2014 fand in Baden (AG) der Auslandschweizer-Kongress statt. Die SVP war wie jedes Jahr mit einem gut besuchten Stand präsent. Dabei konnte auch einige neue Mitglieder gewonnen werden.



v.l.: Miriam Gurtner (Geschäftsführerin SVP International) und Inge Schütz (Präsidentin SVP International)



v.l.: Rolf Schudel (Ehrenpräsident SVP International) und Roman Rauper (Vizepräsident SVP International)



Nicolas Szita (Vorstandsmitglied SVP International, rechts) im Gespräch mit einem Besucher am SVP-Stand

... und an der DV SVP Schweiz

An der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 23. August 2014 in Baar (ZG) hat sich die Auslandschweizer-Sektion mit internationalen Häppchen und feinen Tropfen den SVP Delegierten vorgestellt. Auch dies war ein voller Erfolg.



v.l.: Johann Dähler (Vorstandsmitglied), Bundesrat Ueli Maurer, Inge Schütz (Präsidentin), Rolf Schudel (Ehrenpräsident), Miriam Gurtner (Geschäftsführerin), Andreas Bühler (Delegierter) und Nicolas Szita (Vorstandsmitglied)



Der Stand der SVP International mit Beiträgen aus verschiedenen Ländern, unter anderem der SVP Spanien und der SVP Costa Rica, war ein voller Erfolg.



Mit Nationalrat Roland Rino Büchel (Vorstandsmitglied SVP International, 2.v.l.) und Ständerat Peter Föhn (4.v.l.) durften wir weiteren hohen Besuch an unserem Stand empfangen.

SVP International-Parolen: Abstimmungen vom 30.11.2014

Am Sonntag, 30. November 2014 finden die nächsten eidgenössischen Abstimmungen statt. Es geht um drei kontrovers diskutierte Volksinitiativen.

Auch innerhalb der SVP gibt es bei der Gold-Initiative und der Ecopop-Initiative unterschiedliche Meinungen – was in einer demokratischen Partei auch kein Problem darstellt. Auch die Parolen der SVP International wurden eher knapp gefällt. Daher wurden auch in diesem Newsletter zwei unterschiedliche Beiträge betreffend Ecopop aufgenommen.

Die SVP International empfiehlt Ihnen folgendes Abstimmungsverhalten:

1) Volksinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre (Abschaffung der Pauschalbesteuerung)": **NEIN**

(Gutes Video dazu:

<http://vimeo.com/108127545>)

2) Volksinitiative "Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" (Ecopop): **NEIN**

3) Volksinitiative "Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)": **JA**

Nein zu Kondom-Verteilaktionen – Nein zur Ecopop-Initiative

Gegen Ende des Abstimmungskampfs tun verschiedene Kreise so, als ob die SVP die Ecopop-Initiative breit unterstützen würde. Dem ist nicht so. Die Delegierten der SVP Schweiz haben die Initiative mit 298 zu 80 Stimmen abgelehnt. Im Nationalrat haben nur drei SVPLer dafür gestimmt, im Ständerat keiner. Auch der Vorstand der SVP International ist gegen die Initiative aus dem linksgrünen Lager. All das hat gute Gründe.

Natürlich weiss ich, dass es in unseren Kreisen Leute gibt, die mit dem Inhalt der Initiative sympathisieren. Sie verlassen sich dabei auf die phantasievoll zusammengezimmernten Schreckensszenarien der Initianten. Was wollen diese? Erstens eine absolut starre Regelung der Zuwanderung. Zweitens soll die Schweiz Menschen in anderen Ländern sagen, wie viele Kinder sie haben dürfen. Macht das Sinn?

Die SVP-Masseneinwanderungsinitiative ist besser

Zuerst zu Teil eins: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass gerade Auslandsschweizer mit einer harten Zuwanderungsregelung liebäugeln. Wenn sie mir ihre Sorgen schildern und Ecopop als Lösung sehen, stelle ich jedoch oft fest, dass viele etwas „vergessen“. Nämlich, dass das Schweizer Volk am 9. Februar dieses Jahres die SVP-Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat. Dank diesem Beschluss können – und werden – wir die Einwanderung wieder selber steuern. Das ist gut so.

Zu Teil zwei: Wer Ja sagt zu Ecopop, schreibt in unsere Bundesverfassung, dass die Schweizer Steuerzahler Verhütungsmassnahmen in Afrika und Asien berappen müssen. Und zwar für mehr als 200 Millionen CHF jährlich. Das ist absurd. Die Kinderzahlen sinken dort, wo die Leute eine wirtschaftliche Perspektive haben.

Wenn schon, dann sind in armen Ländern Investitionen in Gesundheit und Bildung sinnvoll. Doch genau solchen Projekten würde die Initiative das Geld wegnehmen. Der Verzicht auf Empfängnisverhütung hat mit kulturellen Zwängen, hoher Kindersterblichkeit und Armut zu tun: In vielen Ländern sind Kinder die einzige Altersvorsorge.

Anmassend und arrogant

Eine Entwicklungspolitik nach dem Muster der Ecopop-Theoretiker ist kurzfristig, anmassend und arrogant. Nehmen wir den umgekehrten Fall: Würden Sie Freuden-sprünge machen, wenn irgendein (fremder) Staat die Kinderzahl in Ihrer Familie regulieren wollte?

Ich kann mir kaum vorstellen, dass ein vernünftig denkender Mensch staatlich verordnete Verteilaktionen von „Parisern“

in anderen Ländern in unsere Bundesverfassung schreiben will. Schon gar nicht, wenn dies jährlich mit einer dreistelligen Millionensumme an Steuergeldern finanziert werden soll. Darum sage ich Nein zur Ecopop-Initiative.

Roland Rino Büchel, Nationalrat (SG)
Vizepräsident Aussenpolitische Kommission
Vorstandsmitglied SVP International

Nicht die Faust im Sack machen - Ja zur Ecopop-Initiative

Die SVP-Basis vermag nicht einzusehen, weshalb sie plötzlich etwas ablehnen soll, dem sie bisher stets klar zugestimmt hat. Die kantonalen Sektionen im Aargau, Baselland, Luzern, Schwyz, Solothurn, die AUNS (Aktion für eine unabhängige und Neutrale Schweiz) wie auch die SVP Landes-Sektion Spanien haben abweichend von der SVP Schweiz die Ja-Parole beschlossen. Die SVP Schweiz hat sich an der Delegiertenversammlung vom 23. August 2014 mit 298 zu 80 Stimmen gegen die Ecopop-Initiative ausgesprochen. Wie kann da, was bei der eigenen Masseneinwanderungs-Initiative gut war, bei der Ecopop-Initiative plötzlich unannehmbar sein? Dies leuchtet nicht ein.

Von Graubünden bis Genf zeigt die Schweiz verschandelte Ortsbilder und zerstörtes Kulturland. Wer noch halbwegs bei Sinnen ist, kann das nicht mehr zulassen. In den letzten zwölf Jahren sind netto 630'000 Personen eingewandert – das löst in der CH-Bevölkerung ein immenses Unbehagen aus und zeigt heute eine enge, bedrückende Schweiz, die das Leben nicht mehr lebenswert sein lässt. Die Einwanderung in die Schweiz ist erheblich zu reduzieren, darüber herrscht landauf und landab Übereinstimmung. Die Schweiz kann nicht jedes Jahr über 80'000 Zuwanderer neu aufnehmen. Bundesrätin Sommaruga hat offenbar den Unterschied zwischen Überbevölkerung und Überfremdung nicht verstanden, sie wischt diesen

Faktor einfach unter den Tisch mit der lapidaren Behauptung Ecopop sei rassistisch und fremdenfeindlich.

Wenn unsere Regierung den Volkswillen, der nichts anderes will als die Rückeroberung der Kontrolle über das eigene Land, verleugnet oder nicht anerkennt, dann ist nicht nur die Ecopop-Initiative richtig und dringend, sondern eine sehr rasche und umfassende Kehrtwende der jetzigen Politik unerlässlich!

Was ist von der Masseneinwanderungsinitiative zu erwarten, wenn der Bundesrat vor der EU auf die Knie geht und die hohe Zuwanderung systematisch schönredet. Nach dem Ja durch Volk und Stände zur Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar 2014 muss der Druck auf Bundesbern aufrechterhalten werden. Mittlerweile wissen wir, dass nur noch das Volk den Bundesrat und das Parlament zwingen kann, wirklich massvoller zu werden.

Zum zentralen Punkt der Zuwanderungs-Zahlen:

Die Auswanderungen können mit der Ecopop-Initiative zu 100% kompensiert werden, obwohl der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein dies bewusst ausklammert! Da pro Jahr ca. 70'000 Personen auswandern, erlauben 0,2 % (Nettozuwanderung) eine Bruttozuwanderung von rund 86'000 Menschen, d.h. rund 40% weniger als heute (ca. 150'000). Das reicht bei weitem für die benötigten Fachkräfte. Von einer abrupten Drosselung kann daher keine Rede sein. Es ist geradezu verwerflich wie Bundesrat, Wirtschaftsverbände, Parteien, Politiker und Medien den Souverän verwirren mit der fragwürdigen max. Zuwanderungszahl von 16'000. In gleicher Weise wird falsch argumentiert, mit dem familienpolitischen Teil der Initiative über Geburtenregelung im Ausland. Wohlgemerkt, die Schweiz leistet jährlich 3,1 Milliarden CHF Entwicklungshilfe worunter auch die medizinische Ausbildung (Familienplanung) eingeschlossen ist.

Viktor Nell, L'Ampolla (E)
Präsident SVP Spanien

Auslandschweizer wehrt Euch

Es ist eine Riesenschweinerei, was da seitens der Schweizer Banken abgeht. Jahrzehntlang haben die Auslandschweizer, als sie noch in ihrer Heimat wohnhaft waren, ihre Löhne und alle ihre Ersparnisse auf Konten bei Schweizer Banken deponiert, seit Jahren sogar zu lächerlich kleinen Zinsen. Aber plötzlich ist der Schweizer, welcher im Ruhestand ausgewandert ist, nicht mehr interessant für unsere „lieben Banken“. Kaum sind diese nämlich wieder mal gerettet worden, natürlich mit Steuergeldern, sitzen sie schon wieder „auf dem hohen Ross“.

Ich würde vorschlagen, dass alle Auslandschweizer, welchen das Konto gekündigt wurde, sich zu einer Sammelklage gegen die Schweizer Banken zusammenschliessen, denn die Banken haben sich in meinen Augen strafbar gemacht. Die haben es nicht anders verdient, als dass das einfache Volk, die Pensionierten, einfach alle, welche durch diese Ungerechtigkeit betroffen sind, gegen sie gerichtlich vorgehen. Ich hoffe, dass sich die Schweizer für einmal zusammenrotten, sich getrauen, gegen diese Übermacht der Banken auf die Barrikaden zu gehen, und nicht, wie so oft, die Faust im Sack machen. Es muss meiner Meinung nach endlich was geschehen. Die heutige Mitteilung am Spanischen Fernsehen über den Vize von Madrid, der verhaftet wurde, hat mich veranlasst, diesen Brief aufzusetzen. Spanien ist zum korruptesten Staat der EU geworden, und die Schweizer Banken helfen grosszügig mit.

Werner Bieinisowitsch, Sant Jordi (E)
Mitglied der SVP Spanien

"SVP attackiert Völkerrecht"

Schon der wuchtige Titel in den Medien „SVP attackiert Völkerrecht“ tönt ziemlich verwirrend und provokativ. Bevor die Initiative fertig ausgearbeitet und zur Prüfung eingereicht ist, verlieren Politiker, Politologen, Professoren, „Experten“ und Journalisten den Kopf, als würde hier eine göttliche Ordnung in Frage gestellt. Bevor man nun undifferenziert auf die Initianten ein-

drischt, sollte man sich vergewissern, was „Völkerrecht“ überhaupt bedeutet. Wer tatsächlich glaubt, es sei das „Recht der Völker“, hat wohl eine eher pubertäre Sicht der Dinge. Das „Völkerrecht“ gründet vor allem auf Verträgen zwischen Staaten. Durch solche Verträge werden oft internationale Behörden oder Organisationen eingesetzt, und diese schaffen dann ihrerseits Richtlinien, Chartas, Pakte, Empfehlungen, Urteile, graue und schwarze Listen etc. Dieses „Völkerrecht“ umfasst dann alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Aber wer steckt denn nun wirklich hinter dieser Parallelrechtsordnung? Es sind vor allem internationale Funktionäre, „Schreibtischtäter“, Rechtsprofessoren und Richter, ähnlich dem Brüsseler Verwaltungsapparat. Fern jeder demokratischen Kontrolle und finanziellen Verantwortung treiben sie die Globalisierung der Politik und des Rechts stetig voran und stärken so ihren eigenen Einfluss. Der Vorrang unserer Bundesverfassung gegenüber dem „Völkerrecht“ bedeutet demzufolge, dass die unaufhaltsame Produktion von Völkerrecht die demokratischen Mitwirkungsrechte des schweizerischen Souveräns nicht aushöhlen darf. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) dürfen die Schweiz nicht daran hindern, eine Ausschaffungs- oder Minarett-Initiative umzusetzen, und es darf kein Abkommen mit der EU abgeschlossen werden, das der Masseneinwanderungsinitiative widerspricht.

Stellen wir die Uhr zurück auf 1974. Damals besiegelte Bundesrat Pierre Graber unser Schicksal mit seiner Unterschrift unter die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Man hat uns seinerzeit vorgegaukelt, dass es unvorstellbar wäre, dass die Schweiz mit ihrem hohen humanitären Standard je wegen Menschenrechtsverletzungen eingeklagt würde. Als die Schweiz 1974 die EMRK ratifizierte, war diese klar nur auf eingeschränkte Bereiche anwendbar und in dieser Form absolut akzeptierbar. Heute - im Zuge der Unterzeichnung von unzähligen Zusatzprotokollen - mischt sich die EMRK in unsere nationalen Angelegenheiten ein, ohne je dafür vom Schweizer Souverän legitimiert worden zu sein. Der EGMR hat sich auf leisen Sohlen zum eigentlichen Gesetzgeber für unser Land emporge-

schwungen. Dieser Zustand ist unhaltbar und muss sobald wie möglich in einer Volksabstimmung geklärt werden.

Man muss sich fragen, was für fremde Richtergermien sich denn da überhaupt erdreisten, in unsere nationale Gesetzgebung einzugreifen? Man kann sich auch in guten Treuen fragen, was denn ein ausländisches politisches Gericht, das sich u. a. aus Richtern korrupter Diktaturen wie Albanien, Aserbeidschan, Armenien oder Georgien zusammensetzt, in der Gesetzgebung unseres Landes zu suchen hat? Dass die Strassburger Richter immer mehr über die konkrete Umsetzung von Menschenrechten urteilen und unterschiedliche Gegebenheiten in verschiedenen Ländern immer seltener berücksichtigen, ist eine Tatsache. Strassburg entwickelte sich zur Quelle einer europäischen Rechtsordnung, was ursprünglich nie die Aufgabe der EMRK war.

Wer gegen die Volksinitiative der SVP ist, muss auf diese Entwicklung eine bessere Lösung präsentieren.

Robert Nieth, Walchwil
Mitglied der SVP Spanien



Folgen Sie uns auf Facebook:

<http://www.facebook.com/pages/SVP-International/143892652327095>

Aufruf Wahlen 2015:

Am 18. Oktober 2015 finden die nächsten Nationalratswahlen statt. Die SVP International wird wieder mit eigenen Kandidaten und Listen antreten, um die Anliegen der Auslandschweizer in den Wahlkampf einzubringen und die kantonale SVP zu unterstützen.

Sollten Sie Interesse an einer Kandidatur auf einer Liste der SVP International oder Fragen zu den Wahlen haben, so melden Sie sich auf info@svp-international.ch

Wir hoffen, auch 2015 wieder mit vielen Kandidaten aus dem Ausland antreten und damit auch die Stärke der SVP International aufzeigen zu können.

*

Sollten Sie als Auslandschweizer noch nicht im Stimmregister einer Schweizer Gemeinde eingetragen sein, so holen Sie dies möglichst rasch nach, damit Sie an allen Abstimmungen und den eidgenössischen Wahlen den Weg der Schweiz mitbestimmen können!

Alle Informationen zur Registrierung und zur Ausübung Ihrer politischen Rechte aus dem Ausland finden Sie hier:

<http://aso.ch/de/beratung/leben-im-ausland/politische-rechte>

Hier kommen Sie zum Anmeldeformular:
http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/doc/publi/publi2.Par.0019.File.tmp/Formular%20Meldung%20Stimme.rechtigte%2001_2009.pdf

Termine 2015:

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz finden an folgenden Daten statt:

- 24. Januar 2015
- 28. Februar 2015
- 18. April 2015
- 4. Juli 2015
- 22. August 2015 (Wahlanlass)
- 3. Oktober 2015 (Wahlanlass)
- 31. Oktober 2015

Als Mitglied der SVP International sind Sie immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV teilzunehmen. **Melden Sie sich auf info@svp-international.ch, wenn Sie an einer DV teilnehmen möchten.**

*

Der **Auslandschweizerkongress 2015** findet statt vom **14. bis 16. August 2015 in Genf**. Die SVP wird wie jedes Jahr mit einem Stand präsent sein.